

## Debatte über Tarifeinheitsgesetz

### Weselsky, Grüne und Linke gegen Nahles

**Am Anfang standen die Streiks der GDL-Lokführer - seitdem will Ministerin Nahles per Gesetz Konflikte konkurrierender Gewerkschaften entschärfen. Doch die Opposition hält es für verfassungswidrig. Und das tut die GDL natürlich auch.**

Die Kritik am geplanten Tarifeinheitsgesetz reißt nicht ab. Kurz vor der ersten Bundestagsdebatte am Donnerstag haben die Grünen das Projekt scharf attackiert. "Die Bundesregierung macht ein verfassungswidriges Gesetz und weiß nicht einmal, warum", sagte die Grünen-Arbeitsnehmerrechtsexpertin Beate Müller-Gemmeke. Die Bundesregierung bleibe detaillierte Angaben zu dem Vorhaben schuldig.

Müller-Gemmeke verwies darauf, dass der Gesetzentwurf laut einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags vermutlich ein unzulässiger Eingriff in die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit sei. Eingriffe in dieses grundgesetzlich verankerte Recht seien zwar möglich, müssten aber ausreichend gerechtfertigt sein, erläuterte sie. Auf eine kleine Anfrage habe das Arbeitsministerium zu vielen Punkten nur vage geantwortet.

Auch die Linkspartei äußerte sich erneut sehr kritisch. "Der elende Gesetzesentwurf von Merkel und Nahles bedeutet Streikbruch per Gesetz", erklärte Parteichef Bernd Riexinger. Die Regierung lasse sich "von der Arbeitgeberlobby herumkommandieren". Der Gesetzentwurf sei verfassungswidrig und müsse vom Tisch.

#### "Sie wollen unser Genick brechen"

Die Dachgewerkschaft Deutscher Beamtenbund (dbb) und seine Gewerkschaften machen ebenfalls weiter Front gegen das Gesetz. Der dbb bekräftigte, man werde gegen das Gesetz vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Auch die Deutsche Polizeigewerkschaft sprach von einem "verfassungswidrigen Versuch, freie Gewerkschaften zu verbieten".

Der Chef der Lokführer-Gewerkschaft GDL, Claus Weselsky, sagte, Lobbyisten wollten im "Hinterzimmer bei Rotwein und einem guten Essen" dafür sorgen, "dass uns das Genick gebrochen wird". Er sprach von einer „Arroganz der Macht“, die SPD wirke zudem dabei mit, "Gewerkschaften zu eliminieren". Die massiven Streiks der Lokführer bei der Deutschen Bahn hatten die Debatte über die Tarifeinheit befördert.

#### "Einzelne dürfen nicht ein Land lahmlegen"

Die Regierung hält aber an ihrem Vorhaben fest. "Den verfassungsrechtlichen Belangen von Minderheitengewerkschaften trägt der Gesetzentwurf durch ein vorgelagertes Anhörungsrecht und ein nachgelagertes Nachzeichnungsrecht Rechnung", heißt es in der Antwort des Arbeitsministeriums auf die Kleine Anfrage der Grünen.

Auch CDU-Bundesvize Julia Klöckner verteidigte die Pläne. "Es kann natürlich nicht sein, dass im Interesse Einzelner ein Land lahmgelegt wird", sagte sie mit Blick auf wiederholte Lokführerstreiks.

Ziels des Entwurfs von Ministerin Andrea Nahles ist es, Konflikte zwischen konkurrierenden Gewerkschaften innerhalb eines Betriebes zu lösen, die für dieselben Berufsgruppen unterschiedliche Tarifverträge aushandeln wollen. Im Streitfall soll der Tarifvertrag jener Gewerkschaft gelten, die im Betrieb die meisten Arbeitnehmer vertritt.